



CDU

Kinderland Baden-Württemberg *Plus*

Ein Erfolgsmodell schafft Zukunft.

Beschluss des 59. Landesparteitages



Herausgeber: CDU Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle
Hasenbergstraße 49b
70176 Stuttgart

Telefon 0711 / 66904-0
Telefon 0711 / 66904-15
www.cdu-bw.de

1. Kinderland Baden-Württemberg

Das Kinderland Baden-Württemberg ist ein Erfolgsmodell.

Seit viereinhalb Jahren ist das Modell Kinderland Baden-Württemberg ein Beispiel dafür, wie sich zukunftsorientierte CDU-Politik an den Bedürfnissen und Möglichkeiten von Kindern, Jugendlichen sowie ihren Eltern über verschiedene Politikfelder ausrichten kann. Kinderland Baden-Württemberg vereinigt Familien- und Bildungspolitik, Betreuung und Jugendarbeit, Demographie, Integration und Sozialpolitik. Wir entsprechen damit den Wünschen der Mehrheit in der Mitte der Gesellschaft und zeigen unseren Respekt vor neuen gesellschaftlichen Realitäten und Lebensweisen, ohne die Grundwerte der CDU Baden-Württemberg aufzugeben.

Wir setzen auf Zukunft.

Mit dem Modell Kinderland Baden-Württemberg nehmen wir uns in die Pflicht. Wir setzen auf die Entwicklung der Persönlichkeit unserer Kinder und Jugendlichen, wir setzen auf Gerechtigkeit und Verantwortung, auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie auf bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeiten. Kinderland Baden-Württemberg beinhaltet die Einheit von Bildung und Betreuung sowie ein begabungsgerechtes und gegliedertes Bildungssystem, das Respekt vor den individuellen Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder zeigt. Wir grenzen uns mit dem Modell Kinderland Baden-Württemberg ab von Politikvorstellungen, die nur staatliche Institutionen in der Pflicht sehen, die Eltern und Kinder entmündigen, weil sie ihnen Eigenverantwortlichkeit absprechen und anstelle von Bildungssystemen, die auf die individuelle Begabung und Persönlichkeit eingehen, Einheitsmodelle propagieren. Auf Zukunft setzen bedeutet auch, dass wir uns als baden-württembergische CDU zum Ziel genommen haben, Menschen, die einen Abschluss oder eine Ausbildung in Baden-Württemberg absolviert haben, im Land zu halten. Das Modell Kinderland Baden-Württemberg soll die Attraktivität unseres Landes erhöhen und auch hochqualifizierte Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass Familiengründer und ihre Kinder bei uns in Baden-Württemberg ein hohes Ansehen genießen.

Den Erfolgsweg weitergehen.

Die CDU Baden-Württemberg und die CDU-geführte Landesregierung haben sich zum Ziel gesetzt, dieses Leitbild weiter umzusetzen und zwar partnerschaftlich im Einvernehmen mit Eltern, Schulen, Kommunen, Kirchen und freien Trägern, Vereinen und Verbänden. Wir haben auf diesem Weg bereits erhebliche Fortschritte erzielt. Die CDU wird in ihrem Bemühen nicht nachlassen, Baden-Württemberg zum Kinderland Nummer 1 in Deutschland zu machen. Einem Land, das auf Zukunft und Zusammenhalt für alle Menschen – ganz besonders für Kinder – aufgebaut ist.

2. Eltern unterstützen

Gemeinsame Verantwortung.

Grundlage für das Modell Kinderland ist eine gelingende Partnerschaft, in der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Dies gilt innerhalb von Familien genauso wie in der jeweiligen Schulgemeinschaft als auch beim Zusammenwirken von Eltern, Schulen, Betrieben, gesellschaftlichen Gruppen und staatlichen sowie kommunalen Institutionen zum Wohle unserer Kinder.

Die Eltern sind der Schlüssel.

Für die CDU Baden-Württemberg sind in erster Linie die Eltern verantwortlich für die Erziehung ihrer Kinder. Die CDU geht davon aus, dass diese die Verantwortung für ihre Kinder ernst nehmen und ihnen gute Zukunftschancen eröffnen wollen. Unsere Angebote, Eltern zu unterstützen, sollen ihnen diese Verantwortung nicht abnehmen. Sie sollen dort helfend und korrigierend eingreifen, wo Eltern dieses wünschen oder wo dieser Unterstützungsbedarf deutlich sichtbar ist. Außerdem wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, damit die Eltern mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können, weil uns eine gute Eltern-Kind-Bindung wichtig ist.

Materielle Sicherheit bieten.

Baden-Württemberg bietet aufgrund guter ökonomischer Rahmenbedingungen ausgezeichnete Möglichkeiten, für Familien eine Heimat zu finden. Die CDU Baden-Württemberg möchte dies weiter unterstützen. Mit unserem Landeserziehungsgeld wollen wir junge Eltern auch in Zukunft in der Zeit nach dem Bezug des Bundeselterngeldes wirksam fördern. Das Bundeselterngeld hat sich bewährt. Wir geben jungen Familien mehr Planungssicherheit dadurch, dass der Progressionsvorbehalt – so lange die Progression noch besteht, die dazu führt, dass die Eltern auf ihr Einkommen einen erhöhten Steuersatz bezahlen müssen – beim Elterngeld wegfällt. Kindererziehung ist in höchstem Maße gesellschaftliches Engagement und muss sich auch bei den Rentenansprüchen der Eltern niederschlagen.

Kinder brauchen die Geborgenheit eines Zuhauses.

Wir wollen Eltern auf dem Weg zum Wohneigentum helfen. Mit dem Landeswohnbauförderungsprogramm werden Familien unterstützt, selbst genutztes Wohneigentum zu schaffen. Um Familien den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern, wollen wir ein Baukindergeld einführen. Die CDU setzt sich mit aller Kraft für kommunale Initiativen ein, die es Eltern mit Kindern durch geeignete Förderinstrumente erleichtern, Wohnei-

gentum zu erwerben. Die CDU Baden-Württemberg wird sich weiterhin dafür einsetzen, die bürokratischen Hürden weiter abzubauen; dieses auch im Hinblick auf Mehrgenerationenhäuser.

Auch für Eltern, die sich kein Eigenheim leisten können, setzen wir uns ein. Wir wollen, dass der Neubau von Mietwohnungen für Familien mit Kindern auch weiterhin marktgerecht gefördert wird. Dabei sollte eine innerstädtische verdichtete Bauweise sowie Altbausanierung zur Wohnraumgewinnung für junge Familien verstärkt berücksichtigt werden.

Gesunde Nachbarschaftsstrukturen fördern.

Um Ghettoisierung und Strukturen von Parallelgesellschaften in Baden Württemberg zu verhindern und die Integration aller Mitbürgerinnen und Mitbürger in unsere Gesellschaft zu fördern, muss in Zukunft von Seiten des Landes auch über ein kommunales Förderprogramm strukturschwacher Bezirke, gerade auch in Ballungsgebieten, nachgedacht werden. Dabei sind demographische und soziale Zusammensetzungen in diesen Gebieten zu berücksichtigen.

Elternkompetenzen weiterentwickeln.

Neben der materiellen Sicherheit ist die Entwicklung der Elternkompetenzen ein wichtiger Punkt, um einen guten Start ins Kinderleben zu ermöglichen. Wir setzen auf den Ausbau und die Beständigkeit der Initiativen und Projekte, in deren Rahmen Eltern frühe Hilfen erhalten. Dabei steht die CDU Baden-Württemberg zum Maßnahmenverbund aus Früherkennung, Prävention durch das Kinderschutzgesetz Baden-Württemberg, dem weiteren Ausbau der frühen Hilfen für Eltern, z.B. durch den bedarfsorientierten Einsatz von Familienhebammen und/oder Dorfhelferinnen in Baden-Württemberg, sowie der Qualifizierung von Fachkräften. Ein Baustein bildet das Programm „Stärke“ der Landesregierung. Darin sind Gutscheine für Eltern von Neugeborenen enthalten, die sie berechtigen, ein Weiterbildungsangebot zu nutzen, um sich auf ihre Erziehungsaufgabe vorzubereiten. Dieses Programm muss weiterentwickelt werden, um auch werdenden Eltern und Eltern größerer Kinder sowie minderjährige und in Ausbildung befindliche Eltern zu unterstützen und ihnen gezielten Rat und Hilfe in speziellen Situationen anzubieten.

Elternkompetenzen für zukünftige Generationen.

Unsere Kinder sind die Eltern der Zukunft. Wir als Gesellschaft haben eine Verantwortung dafür, sie auf diese Rolle vorzubereiten. Deshalb müssen wir damit beginnen, alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen frühzeitig auch auf die Anforderungen der

Haushaltsführung und Kindeserziehung vorzubereiten. Deshalb wollen wir prüfen, inwieweit eine solche Elternkompetenz an allen Schulen bereits vermittelt werden kann.

An Früherkennungsuntersuchungen festhalten.

Ein wachsames Auge ist immer noch die wichtigste Voraussetzung, um Schäden von Kindern fernzuhalten. Die CDU Baden-Württemberg steht deshalb zu verpflichtenden Früherkennungsuntersuchungen, die es ermöglichen, den Entwicklungsstand der Kinder regelmäßig ärztlich zu kontrollieren. Bei der Umsetzung sollte nicht nur die Verpflichtung der Eltern im Gesetz betont, sondern es sollten auch deren zeitgerechte Durchführung überprüft und ggf. entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Gesundheit von Kindern sichern.

Präventionsmaßnahmen der Gesundheitsdienste müssen alle Familien erreichen. Wichtig ist, das anfangs abwehrende Verhalten und die Ängste vor amtlichen Eingriffen, gerade bei sozial benachteiligten Familien, abzubauen. Die Jugendhilfe erreicht diesen Personenkreis häufig erst zu einem späten Zeitpunkt. Deshalb sind neue Angebote mit flexiblen Zugangswegen, interdisziplinäre Kooperation zwischen Jugendhilfe und Gesundheitsdiensten zu nutzen. Bei praxisorientierten Informationen zur Gesundheitserziehung kommt dabei der Schule eine besondere Bedeutung zu. Positiv hat sich die Zahngesundheit von Kindern entwickelt. Immer weniger Kinder leiden unter Karies und Zahnfehlstellungen. Dies ist auch den gemeinsamen Anstrengungen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte mit ihren Prophylaxe-Fachkräften, den Zahnärzten im Öffentlichen Gesundheitsdienst, den gesetzlichen Krankenkassen und zahlreichen Kooperationspartnern im Kindergarten- und Schulbereich zu verdanken. Zur Gesunderhaltung von Kindern ist auch der Infektionsschutz unerlässlich. Impfungen sind heutzutage in aller Regel auch für Kinder gut verträglich. Sie schützen ab dem Kleinkindalter wirkungsvoll, weshalb Eltern aufgefordert sind, ihre Kinder impfen zu lassen.

Eltern bei unerfülltem Kinderwunsch unterstützen.

In Baden-Württemberg ist ca. jede siebte Ehe von Fruchtbarkeitsproblemen betroffen. Auch die Unterstützung dieser Paare liegt der CDU Baden-Württemberg am Herzen. Neben der in vielen Fällen erfolgreichen medikamentösen Behandlung, die in der Regel von den gesetzlichen Krankenkassen getragen wird, spricht sich die CDU Baden-Württemberg dafür aus, diese Paare über eine Stiftung auch bei weiteren Behandlungen finanziell besser zu unterstützen. Die CDU Baden-Württemberg unterstützt in diesem Zusammenhang gleichermaßen auch Eltern, die sich ihren Kinderwunsch durch Adoption oder die Aufnahme von Pflegekindern erfüllen wollen. Auch die Kriterien für

Adoptionen müssen überprüft werden, da heute die Frauen später gebären. Dies muss sich auch auf die Adoptionsmöglichkeiten auswirken.

Vernachlässigung muss zu Konsequenzen führen.

Die Folgen der Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen sind gravierend. Hauptleidtragende sind die Kinder selbst. Das Spektrum der Vernachlässigung ist breit; Vernachlässigung fängt beispielsweise schon damit an, dass eine zunehmende Zahl von Kindern „ohne Frühstück“ in die Schule geschickt wird. Kommen Eltern ihrem Erziehungsauftrag nicht nach, indem sie selbst für einfachste Dinge keine Sorge tragen, muss dies zu spürbaren Konsequenzen führen. Sicherlich muss dabei jeder Fall individuell bewertet werden. Denkbar wäre es aber zum Beispiel, staatliche Unterstützung (z.B. Kinderzuschlag, ALGII) für Kinder, die regelmäßig den Eltern gewährt wird, den Kindern direkt über den Schulträger zukommen zu lassen; so könnte beispielsweise eine regelmäßige Ernährung der Kinder sichergestellt werden. Außerdem sollte für das Familiengericht die Möglichkeit bestehen, verpflichtende Elternkurse als Maßnahme des Familienrechts im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe anordnen zu können.

3. Kinder und Jugendliche schützen und unterstützen

Schutz des werdenden Lebens im Mutterleib.

Ein Kind wird nicht erst Mensch mit dem Zeitpunkt seiner Geburt, sondern erhält diese Eigenschaft bereits mit der Empfängnis. Die CDU Baden-Württemberg ist sich ihrer Verantwortung bewusst, ungeborenen Kindern als den schwächsten Mitgliedern ihrer Familien und unserer Gesellschaft besonderen Schutz angedeihen zu lassen. Auf der Basis unseres christlichen Menschenbildes setzen wir uns entschieden dafür ein, Abtreibungen und damit Tötungen ungeborener Kinder mit allen uns gesellschaftlich zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern zu helfen.

Werdende Eltern und besonders alleinstehende Mütter sollen ermutigt werden, lebensbejahende Alternativen zu einer Abtreibung zu ergreifen und dazu besondere Unterstützung erfahren. Gezielte Beratung zum Leben, ideelle und materielle Hilfeleistungen für werdende Mütter in Notlagen, Zusammenarbeit mit den Kirchen, Erleichterungen und Hilfen bei der Vermittlung von nicht angenommenen Kindern zur Adoption sind Maßnahmen, die wir vorantreiben wollen. Unser erklärtes Ziel ist, die hohe Zahl von Abtreibungen in unserer Wohlstandsgesellschaft drastisch zu verringern und damit einen entscheidenden Beitrag für die Familien- und Kinderfreundlichkeit in Baden-Württemberg und ganz Deutschland zu leisten.

Erziehung braucht Werte.

Erziehung braucht ein tragendes Fundament an Werten, insbesondere an Werten des christlichen Menschenbildes. Werte bilden mehr als alle Gesetze und Vorschriften die Basis eines friedlichen Zusammenlebens. Für die CDU Baden-Württemberg sind die christlichen Grundlagen dieser Werte selbstverständlich. Sie sind eine unverzichtbare Orientierungshilfe für junge Menschen, um sich Selbständigkeit, eigene Urteilskraft sowie Verantwortungsbereitschaft anzueignen. Aus diesen Werten erwachsen Tugenden, die uns im täglichen Leben leiten. Ohne Disziplin, ohne Zuverlässigkeit ist es für junge Menschen schwer, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Ohne Hilfsbereitschaft, ohne Rücksicht, ohne soziale Kompetenz und ohne Gewissensbildung wird niemand seinen Platz in unserem Gemeinwesen finden.

Die Mehrheit der Eltern in Deutschland lebt und vermittelt Werte, begleitet und leitet ihre Kinder als zuverlässige, liebevolle Vorbilder. In einigen Familien gelingt dies je-

doch nicht in ausreichendem Maße. Die Politik hat die Pflicht, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Eltern gestärkt werden, damit diese den Mut und Willen aufbringen, eine nachhaltige Erziehung zu bieten, welche ihren Kindern das notwendige Selbstbewusstsein und Orientierung vermittelt. Denn was Familien bei Wertevermittlung und Persönlichkeitsbildung nicht leisten, können Institutionen wie Kindergarten und Schule nur bedingt kompensieren. Dennoch kommt ihnen zusammen mit den Familien, anderen Einrichtungen und Institutionen wie den Kirchen und Vereinen eine ergänzende erzieherische und Werte vermittelnde Aufgabe zu. Sie müssen die Kinder und Jugendlichen im konstruktiven Zusammenspiel mit den Eltern dazu befähigen, die richtige Balance zwischen Individualinteressen einerseits und Anforderungen der Gemeinschaft andererseits zu finden.

Dazu muss auch die Gesellschaft die richtigen Zeichen setzen. Deshalb fordert die CDU Baden-Württemberg, bei der im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages angekündigten Verbesserung der Hinzuverdienstregelungen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende auch die Anrechnung von Verdienst der Schüler aus einem Ferienjob auf die Einkünfte der Eltern anzugleichen an die Berücksichtigung beim Kindergeld. Nur dann lohnt sich Arbeit auch in diesem Fall. Die CDU Baden-Württemberg erkennt dabei ausdrücklich die Erziehungsleistung der Eltern an, die die Erziehungsaufgabe während der ersten Jahre selbst übernehmen.

Optimale Förderung für jedes Kind.

Die CDU-Baden-Württemberg steht für die optimale Förderung eines jeden Kindes, unabhängig von seiner Herkunft. Alle Kinder müssen in ihren Talenten unterstützt und gestärkt werden. Eltern, Lehrer, Betreuer und Erzieher müssen sich eng über die individuelle Situation und Perspektive eines jeden Kindes abstimmen. Dort, wo die Eltern dazu nicht bereit sind, wollen wir die gesetzliche Grundlage für verpflichtende Elterngespräche schaffen.

Kein Abschluss ohne Anschluss.

Das ausdifferenzierte Schulsystem in Baden-Württemberg zeichnet sich durch höchste Durchlässigkeit aus: An jeder Station des Bildungsweges haben Kinder und Jugendliche mehrere Möglichkeiten, entsprechend ihren Neigungen und Begabungen in allgemein bildenden oder beruflichen Schulen weiterzulernen. Jeder der vielen Bildungswege führt so zu einem Abschluss mit Anschluss. Ziel ist es, jedem Kind – unabhängig von seiner sozialen und kulturellen Herkunft – eine gelingende Bildungsbiografie zu ermöglichen.

Schulabbruch vermeiden.

Unser Ziel ist es, dass möglichst alle Jugendlichen einen Schulabschluss erhalten. Baden-Württemberg hat mit einer Quote von Schulabgängern, die nicht mindestens einen Hauptschulabschluss erreichen, von rund 5,9% (Bayern 6,8%, Hessen 8,2%, Brandenburg 11,5%) schon bisher den niedrigsten Stand in Deutschland. Das Ziel der CDU Baden-Württemberg ist es, diese Quote bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode zu halbieren.

Sozialarbeit ausbauen.

Jugendsozialarbeit kann einen wichtigen Beitrag leisten, um soziale Benachteiligungen zu überwinden und Kindern mit speziellen Problemlagen, die im Elternhaus nicht die optimalen Voraussetzungen für ein geregeltes Leben vorfinden, zu helfen. Wichtig sind dabei aufeinander abgestimmte Maßnahmen der Lehrerinnen und Lehrer in enger Kooperation mit den Jugendsozialarbeitern in der Schule und außerhalb der Schule. Wir befürworten einen Ausbau der Jugendsozialarbeit in kommunaler Trägerschaft. Qualifizierte Mitarbeiter des Jugendamtes müssen in Problemfamilien präsent sein. Sie sollten unangekündigte Besuche abstatten dürfen. Auch straffällig gewordene Jugendliche und junge Menschen, die mit Gewalt, Drogen und anderen Suchtmitteln in Kontakt gekommen sind, brauchen unsere besondere Unterstützung. Darüber hinaus muss auch schon im Vorfeld solcher Verfehlungen gehandelt werden. Präventive Jugendsozialarbeit muss deshalb schulübergreifend vor Ort aufklären, informieren und für Gespräche zur Verfügung stehen. Durch Vereinsarbeit wird hier viel für die Prävention getan. Dies soll durch weitere Förderung der Vereine noch gestärkt werden. Ziel und Überzeugung der CDU Baden-Württemberg ist die grundsätzliche Verantwortung der Eltern für die Erziehung des Kindes.

Bildungs- und Entwicklungschancen von Jungen verbessern.

Mädchen besuchen heutzutage nicht nur häufiger weiterführende Schulen, sondern sie sind den Jungen auch in den Durchschnittsnoten überlegen. Schulabbrecher, Schulschwänzer und Schulverweigerer sind ganz überwiegend Jungs. In der Schule brauchen heutzutage nicht nur die Mädchen, sondern auch die Jungen eine gezielte Förderung. Eventuell müssen Leistungsrückstände durch eine gezielte, verpflichtende geschlechtsspezifische Förderung ausgeglichen werden, um die vorhandenen Potentiale und Kompetenzen zu entwickeln. Modell-Programme können die Schulabschlüsse von Jungen vor allem aus bildungsferneren Schichten exemplarisch verbessern, ihr Berufswahlspektrum angesichts des Wandels zur Dienstleistungsgesellschaft erweitern sowie Familienarbeit und Sorgetätigkeit als wichtige Bestandteile in die Lebensplanung integrieren.

Besondere Unterstützung für Kinder mit Migrationshintergrund und/oder unzureichenden Sprachkenntnissen.

Wir fordern, dass zukünftig kein Kind mehr eingeschult wird, das nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügt. Kinder mit Migrationshintergrund haben besondere Schwierigkeiten, insbesondere dann, wenn sie die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschen. Die Kenntnis der deutschen Sprache ist jedoch die Voraussetzung und die Grundlage für einen erfolgreichen Integrationsprozess. Wir bekennen uns zu einer frühzeitigen Sprachförderung im Kindergarten und ergänzenden Angeboten. Neben einer möglichst frühzeitigen Sprachförderung muss dabei auch die Zusammenarbeit mit den Eltern und Familien gezielt gesucht werden. Die CDU Baden-Württemberg erwartet von Migranten, dass sie die vielfältigen Angebote aktiv nutzen und die Sprache so pflegen, dass ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist. Wichtig dabei ist die interkulturelle Weiterbildung der Lehrkräfte. Unerlässlich ist darüber hinaus die Vermittlung der tragenden Werte unserer staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Voraussetzung für eine gelingende Integration ist die wertegebundene, gegenseitige Anerkennung und der Wille zum Miteinander. Hierzu gehört im Sinne der verfassungsrechtlich verbrieften Religionsfreiheit auch, dass muslimische Kinder zukünftig an den Schulen des Landes islamischen Religionsunterricht nach den Lehrplänen und Richtlinien des Kultusministeriums in deutscher Sprache erhalten können. Entsprechende Lehrkräfte sollen unter deutscher staatlicher Aufsicht ausgebildet werden.

Lernmittelkosten-Befreiung auch weiterhin.

Für uns als CDU ist es eine Selbstverständlichkeit, dass auch in Zukunft moderne Lernmittel an allen allgemeinbildenden Schulen kostenfrei für alle unsere Kinder zur Verfügung stehen.

Unterstützung für den Schulweg.

Der Weg von und zur Schule mit öffentlichen Verkehrsmitteln muss für unsere Kinder sicher und kostengünstig zur Verfügung gestellt werden. Gerade in Baden-Württemberg, mit der in weiten Teilen ländlichen Struktur unseres Landes, hat dies einen besonderen Stellenwert. Deshalb ist für uns als CDU in Baden-Württemberg die Fahrtkostenunterstützung auf dem Weg zur Schule mit öffentlichen Verkehrsmitteln auch weiterhin eine Selbstverständlichkeit.

Ganztagesbetreuung ausbauen.

Die neu geschaffenen Angebote der Ganztagesbetreuung sowie die Ganztageschule haben sich als große Erfolge herausgestellt. Entlang der steigenden Nachfrage steht

die CDU Baden-Württemberg für die Fortsetzung des bedarfsgerechten qualitätsgesicherten Ausbaus der Ganztagesbetreuung und der Ganztageschule über alle allgemeinbildenden Schulen und alle beruflichen Vollzeitschulen hinweg. Beim Ausbau der bedarfsgerechten Ganztagesbetreuung sollen auch Kooperationen zwischen verschiedenen Schularten an einem Schulzentrum möglich sein. Die Schülerinnen und Schüler sollten in dieser Zeit neben dem Besuch des regulären Unterrichts auch Zeit haben für weitere Module wie Hausaufgabenbetreuung, Arbeitsgemeinschaften und ehrenamtliches Engagement und die Wahrnehmung von Vereinsangeboten. Das Ehrenamt darf professionelle Kräfte nicht ersetzen. Dabei ist auch weiterhin die Zusammenarbeit mit Eltern, Vereinen und Trägern außerschulischer Bildung sowie der Einsatz der Jugendbegleiter – ohne Abstriche bei der hauptamtlichen Versorgung – zu suchen.

Schulessen.

Gesunde Ernährung und Tischkultur sind wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung von Kindern. Wir befürworten die Einführung eines Qualitätssiegels mit Richtlinien für gesunde Ernährung für das Essen an Ganztageseinrichtungen. Auch das Bewusstsein der Eltern für die Bedeutung gesunder Ernährung muss gestärkt werden. Eltern- und Schulfördervereine, die ein Essen für Schüler anbieten, wollen wir unterstützen. Wir regen die Ausgabe von Schulessen gegen Chipkarte an, um die Teilnahme aller Schüler am Schulessen zu ermöglichen. Die Kosten des Schulessens für bedürftige Kinder muss den Schulträgern direkt von den Trägern der sozialen Grundsicherung erstattet werden. Für eine gesunde Entwicklung ist es unabdingbar, im Tagesablauf der Jungen und Mädchen mehr Gelegenheit und Anreiz für Bewegung zu schaffen. Als erste Maßnahmen hierzu sehen wir, dass Sportunterricht an unseren Schulen nur von ausgebildeten Sportpädagogen unterrichtet wird und auf öffentlichen Spielplätzen mehr Anreize zum Klettern und Bewegen geschaffen werden.

Einheitliche Schulkleidung.

Kein Schüler darf wegen seiner Herkunft im sozialen Leben der Schulklasse benachteiligt werden. Auch den staatlichen Schulen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch Beschluss der Schulkonferenz eine einheitliche Schulkleidung einzuführen, um Diskriminierungen und falsche – vordergründige, materielle – Wertigkeiten von jungen Menschen abzubauen.

Kindermedienland Baden-Württemberg.

Angesichts der stetig steigenden Bedeutung neuer Medien und des fast ungehinderten Zugangs zu jugendgefährdenden Inhalten im Internet muss die Vermittlung von Me-

dienkompetenz in den Familien, in den Schulen, in den Medien und in der außerschulischen Jugendarbeit noch mehr in den Fokus von Erziehung und Bildung rücken.

Junge Menschen sollen in die Lage versetzt werden, aus der Fülle der Angebote von modernen Medien und aus der Masse von Erkenntnissen und Befunden der modernen Wissenschaften das Wesentliche vom Unwichtigen und das Wertvolle vom Banalen zu unterscheiden. Mit dem „Kindermedienland Baden-Württemberg“ und der Bereitstellung von 1,5 Millionen Euro aus der Zukunftsoffensive hat das Land die Initiative ergriffen, um die vielerorts bereits vorhandenen Maßnahmen, Aktivitäten und Projekte zur Vermittlung von Medienkompetenz miteinander zu vernetzen und neue zu initiieren. Zum Medienland Baden-Württemberg gehören auch technisch zeitgemäß ausgestattete Klassenzimmer und entsprechend ausgebildete Lehrkräfte. Ein besonderes Augenmerk soll dabei insbesondere auch auf den Umgang mit Gewaltdarstellungen und entsprechenden Spielen im Internet gelegt werden.

Den Anliegen des Jugendschutzes ist auch im Internet vollständig Rechnung zu tragen. Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein. Zu einer verstärkten Vermittlung der Medienkompetenz gehört aber auch die Pflege der (deutschen) Sprachkompetenz wie die Heranführung an Literatur (z.B. Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels, Teilnahme an Wettbewerben: vom Landtag über Landeszentrale für Politische Bildung wie Europa-Wettbewerb, ...).

4. Von der Geburt bis zur Grundschule

Bedarfsgerechte und verlässliche Betreuung sicherstellen.

Damit Eltern in der Erziehung ihrer Kinder den vielfältigen Anforderungen des Alltags gerecht werden können, müssen sie auf die Unterstützung durch die Gesellschaft und die staatliche Gemeinschaft bauen können. Zu den dafür notwendigen Rahmenbedingungen zählt im Kinderland Baden-Württemberg ein bedarfsgerechtes und verlässliches Betreuungsangebot für Kinder jeden Alters. Kinderbetreuungseinrichtungen sind in vielen Fällen Voraussetzung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Solche Einrichtungen müssen sich an den Bedürfnissen und Interessen der Kinder und Eltern orientieren. Grundlage ist dabei die gute Zusammenarbeit und enge Partnerschaft zwischen Land und Kommunen. Die CDU Baden-Württemberg steht zu dieser Partnerschaft und will auch in Zukunft bei allen Betreuungs- und Bildungsangeboten in gemeinsamer Verantwortung flexible Lösungen erarbeiten, die zum individuellen Bedarf vor Ort passen. Es fehlt in Baden-Württemberg an Möglichkeiten für Frauen in Notsituationen, ihre Kinder anonym zu gebären oder diese sicher einer guten Betreuung anzuvertrauen, wenn sie für sich keine Chance sehen, das Kind zu behalten.

Angebote in den ersten Lebensjahren ausbauen.

Bereits seit vielen Jahren steht in unserem Land für jedes Kind im Alter von drei bis sechs Jahren ein Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung zur Verfügung, der durch einen Rechtsanspruch abgesichert ist. Diese Plätze sind möglichst wohnort- oder arbeitsplatznah anzubieten. Für den stetig steigenden Bedarf an Betreuungsangeboten für unter dreijährige Kinder wollen wir ein entsprechendes bedarfsgerechtes Angebot rechtlich verankern. Mit einem ambitionierten Ausbauprogramm, durch das bis zum Jahr 2013 für rund ein Drittel der Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsplatz bereit gestellt wird, tragen wir dem zu erwartenden Bedarf Rechnung. In einem gemeinsamen finanziellen Kraftakt von Bund, Land und Kommunen wird in der Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes so die Zahl dieser Betreuungsplätze von noch rund 40.000 im Jahr 2008 auf rund 92.000 bis zum Jahr 2013 angehoben. Dabei setzen wir außerdem auf flexiblere Öffnungszeiten entlang der jeweiligen örtlichen Bedürfnisse und auf kindgerechte Gruppengrößen. Bei aller Richtigkeit des Ausbaus der Betreuungsangebote bleibt eine echte Wahlfreiheit für die Eltern Grundlage unserer Politik.

Quantität und Qualität müssen stimmen.

Für die CDU im Land bestimmen sich Kinderbetreuungsangebote jedoch nicht nur nach Quantität, sondern vor allem auch nach Qualität. Bei Kindern unter drei Jahren ist es für ihre gute und gesunde Entwicklung besonders wichtig, dass sie einen stabilen, verlässlichen und vertrauten Rahmen („Nest“) vorfinden und sich an festen, nicht häufig wechselnden Bezugspersonen orientieren können. Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder benötigen deshalb eine an den Bedürfnissen von Kleinkindern ausgerichtete Betreuungskonzeption und einen entsprechenden Personalschlüssel.

Tageselternangebote fördern.

Die Betreuung durch Tageseltern, für die ebenfalls Fördermittel des Landes bereitgestellt werden, stellt eine gleichwertige Alternative zu der Betreuung in einer Einrichtung dar. Das Tageselternmodell hilft zudem gerade auch kleineren Gemeinden, den ab 2013 vorgesehenen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr zu verwirklichen. Neben dem Ausbau kommunaler Betreuungseinrichtungen oder Einrichtungen freier Träger soll deshalb vor Ort die Möglichkeit zum Ausbau der Tagespflege – vor allem für Kleinkinder – stärker genutzt werden. Damit die Ausweitung der Tageselternarbeit attraktiver wird, sollen zudem bestehende Hemmnisse abgebaut werden. Einen ersten Schritt sieht die CDU Baden-Württemberg dazu in der Einführung eines pauschalierten Krankenkassenbeitrags und einer Entlohnung, die der wertvollen Tätigkeit Rechnung trägt. Darüberhinaus wollen wir prüfen, ob Tagesmütter beispielsweise auch in betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen eingesetzt werden können.

Chancengerechtigkeit fördern.

Für die CDU ist der Besuch des Kindergartens ein Meilenstein auf dem Bildungsweg jedes Kindes. Hier hat ein Kind die Chance, seine Sozialkompetenz über den Rahmen des Elternhauses hinaus zu erweitern; hier können sich einem Kind durch ergänzende und gezielte Förderung zusätzliche Möglichkeiten bieten, seinen natürlichen Spaß am Entdecken und Lernen auszuleben. Kinder sind von Natur aus neugierig und aufnahmefähig; altersgerechte und spielerische Angebote fallen deshalb auf fruchtbaren Boden. Dabei sollte technischen und naturwissenschaftlichen Vorgängen ebenso Raum eingeräumt werden wie künstlerischen und sportlichen Bestätigungen. Gerade die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erziehung ist der Schlüssel für mehr soziale Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen. Die Einführung des Orientierungsplans in Baden-Württemberg und das Projekt „Schulreifes Kind“ fanden hierbei bundesweit Beachtung. Die Kommunen und das Land investieren rund 20 Mio. Euro in die Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in den Kindergärten sowie der Kooperationslehrkräfte der Grundschulen und Sonderschulen. Von entscheidender Bedeutung für alle Kinder

ist darüber hinaus zur Gewährleistung von Chancengleichheit eine möglichst umfassende Sprachförderung bereits im Kindergarten. Für die zeitnahe flächendeckende Umsetzung des Orientierungsplans als bildungspolitischem Meilenstein im Elementarbereich muss umgehend eine partnerschaftliche Lösung zwischen Land und Kommunen gefunden werden. Deshalb sollen nach der Evaluation der bisherigen Förderung durch die Landesstiftung die Finanzierung verstetigt, die bedarfsgerechte Sprachförderung zur individuellen Regelförderung umgewandelt und ein verpflichtendes und qualifiziertes System zur Sprachstandserhebung und Erfolgskontrolle eingeführt werden. Dabei müssen insbesondere Eltern mit Migrationshintergrund erreicht werden.

Mittelfristig: Verpflichtendes und kostenfreies Kindergartenjahr.

In Weiterentwicklung des Orientierungsplans sowie des Projekts „Schulreifes Kind“ strebt die CDU Baden-Württemberg in der nächsten Legislaturperiode an, für Kinder ab 5 Jahren vor dem Eintritt in die vierjährige Grundschule ein verpflichtendes Kindergartenjahr einzuführen. Angesiedelt in den Kindergärten können Erzieherinnen und Erzieher zusammen mit Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern einen behutsamen Übergang vom spielerischen Lernen des Kindergartens hin zur Wissensvermittlung in der Grundschule ermöglichen und begleiten. Das verpflichtende Kindergartenjahr trägt entscheidend zur Chancengleichheit von Kindern mit unterschiedlichen Voraussetzungen bei und fördert deren Schulfähigkeit. Die durch die Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres frei werdenden Mittel bei den Kommunen können dann eine noch bessere Förderung frühkindlicher Betreuung, von Ganztagesbetreuung, Schulsozialarbeit oder auch Ernährungsangeboten ermöglichen.

Grundlagen schaffen.

Aufbauend auf der Arbeit und den Ergebnissen des Kindergartens und des verpflichtenden Kindergartenjahres ist in der Grundschule der Grundstein für den weiteren schulischen Lebensweg eines Kindes zu legen. Im Mittelpunkt steht dabei die Vermittlung kultureller Grundfähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen sowie erste Schritte in einer Fremdsprache. Um die Chancengerechtigkeit weiter zu fördern, müssen Lernerfolge nachvollziehbar und kontrollierbar sein, um Defizite erkennen und durch gezielte Unterstützung im regulären Unterricht und in zusätzlichen Förderstunden beseitigen zu können. Dabei kommt auch hier der Sprachförderung sowie der Einbindung der Eltern durch regelmäßige Informationsgespräche eine Schlüsselfunktion zu. Ziel der CDU im Land sind vergleichbare Übergangsquoten an die weiterführenden Schulen von Kindern jedweder Herkunft. Genau wie beim Kindergarten soll auch in der Grundschule das Motto: „Kurze Beine, kurze Wege“ gelten. Die CDU steht zusammen mit den Kommunen als Schulträger zur flächendeckenden Schulinfrastruktur im ländli-

chen Raum und will möglichst wohnortnahe Grundschulen, die ein pädagogisch sinnvolles Angebot bieten können.

Gemeinsames Spielen und Lernen.

In Zukunft sollen Kindergarten, verpflichtendes Kindergartenjahr und Grundschule darüber hinaus so eng miteinander verzahnt werden, dass eine durchgängige Bildungseinrichtung für Drei- bis Zehnjährige entsteht. Mit dem "Bildungshaus" in Baden-Württemberg erfolgt in Modellprojekten schon jetzt eine solche Verzahnung zwischen Kindergarten und Grundschule.

Bildungshäuser entstehen dort, wo Kindergärten und Grundschulen eng kooperieren und sich als Einheit den Kindern verpflichtet sehen. Lehrkräfte der Grundschulen und Erzieherinnen bilden Teams, die gemeinsam planen und arbeiten. So können jahrgangs- und institutionsübergreifende Lern- und Spielzeiten, auch in gemeinsamen Gruppen, angeboten werden. Baden-Württemberg geht damit als erstes Land neue Wege, indem es konsequent das ganzheitliche Verständnis von Bildung und Erziehung im Alter von drei bis zehn Jahren immer weiter auch strukturell umsetzt.

Die Weichen richtig stellen.

Am Ende der Grundschulzeit muss sich die Wahl der passenden weiterführenden Schule entscheidend an der Leistungsperspektive des Kindes orientieren. Grundlage der Schulwahl muss dabei eine Grundschulempfehlung der Lehrerinnen- und Lehrergemeinschaft bilden. Besonders wichtig ist, dass die Eltern rechtzeitig und frühzeitig eingebunden werden. Wir fordern daher bereits ein Jahr vor dem Ende der Grundschulzeit ein verpflichtendes Perspektivgespräch, welches eindeutigen Aufschluss über den Entwicklungsstand und weitere Fördermöglichkeiten eines jeden Kindes gibt.

5. Drei gute Schulen: Haupt-/ Werkrealschule, Realschule und Gymnasium

Viele Wege. Ein Ziel.

Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zu einem begabungsgerechten gegliederten Schulsystem. Unter dem Motto „Viele Wege. Ein Ziel.“ wollen wir allen Schülerinnen und Schülern die Erziehung zur Ehrfurcht vor Gott, christlicher Nächstenliebe, Brüderlichkeit aller Menschen, Friedensliebe, Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, beruflicher und sozialer Bewährung, freiheitlicher und demokratischer Gesinnung, so wie es Art. 12 der Landesverfassung vorsieht, sowie die bestmögliche Schulbildung und die optimale Vorbereitung auf das Berufsleben bieten. Ein in jeder Altersstufe durchlässiges Schulsystem, das dem jeweiligen Begabungsstand gerecht wird und vielfältige Kombinations- und Anschlussmöglichkeiten eröffnet, ist die beste Antwort auf die Bildungsherausforderungen unserer Zeit. Wir bekennen uns zu einem Schulsystem, das sowohl die individuelle Leistung und Förderung der Schülerinnen und Schüler als auch deren soziale Kompetenz zum Ziel hat.

Unser Ziel: Die praxisnahste Ausbildung Deutschlands.

In der Haupt-, Werkreal- und Realschule wollen wir die praxisnahste Ausbildung Deutschlands gewährleisten. Baden-Württemberg ist hier schon heute bundesweit führend. Wo immer dies möglich ist, wollen wir die Schulbildung noch weiter mit den Anforderungen der Praxis verzahnen. Die Bildung gerade in den Schularten Haupt-, Werkreal- und Realschule muss dem Anspruch gerecht werden, Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten. Umgekehrt darf auch die Wirtschaft eine solche Vorbereitung erwarten. Hierzu gehören nicht nur Anpassungen des Lehrstoffes, betriebliche und soziale Praktika sowie „Praxisstunden“, in denen Vertreter von Handwerk und Wirtschaft ihre Berufe im Unterricht vorstellen können. Wir wollen vielmehr einen übergreifenden Pakt „Bildung und Wirtschaft“ mit den Betrieben unseres Landes schließen, um gemeinsam mit diesen weitere Anforderungen und Umsetzungsschritte einer praxisnahen Ausbildung festzuschreiben.

Haupt- und Werkrealschule als bildungspolitischer Schwerpunkt.

Die CDU Baden-Württemberg begrüßt es, dass die CDU-geführte Landesregierung die Hauptschule in den letzten Jahren zu ihrem bildungspolitischen Schwerpunkt gemacht hat. Durch vielfältige grundlegende Reformen wird die Hauptschule zur Werkrealschu-

le weiterentwickelt und zukunftsfest gemacht. Diese Reformen müssen nun umgesetzt werden und Zeit bekommen, sich zu entfalten. Dazu braucht es eine enge Vernetzung zwischen Schulen, Eltern, Betrieben und Bildungspartnern. Eine regelmäßige Qualifizierung der Lehrkräfte ist Voraussetzung für das Gelingen der Haupt-/Werkrealschule. Wir halten nichts von ideologiegeprägten Diskussionen über die Anzahl an Schularten. Vielmehr müssen die unterschiedlichen Bedürfnisse, Neigungen und Fähigkeiten der Schüler im Vordergrund stehen. Das leistet ein gegliedertes Schulsystem mit der Hauptschule als wichtigem Baustein.

Wesentliche Fortschritte durch die „Qualitätsoffensive Bildung“.

Mit der Einführung der Werkrealschule neuen Typs im Rahmen der „Qualitätsoffensive Bildung“ hat die Landesregierung einen praxisnahen Weg geschaffen, um einen mittleren Bildungsabschluss zu ermöglichen. Durch den auf sechs Jahre angelegten Bildungsgang mit dem 10. Schuljahr werden hier vor allem für praktisch veranlagte Jugendliche neue Chancen eröffnet. In den Wahlpflichtfächern „Natur und Technik“, „Wirtschaft und Informationstechnik“ sowie „Gesundheit und Soziales“ in den Klassen 8 und 9 können die Schülerinnen und Schüler ein neigungsgerechtes, individuelles Bildungsprofil ausbilden. Insbesondere durch die enge Kooperation mit den Berufsfachschulen in Klasse 10 wird den Werkrealschülern bereits eine erste berufliche Grundbildung vermittelt und es erfolgt eine Vorbereitung auf das duale Ausbildungssystem. Wichtig ist dabei die individuelle Begleitung der Schülerinnen und Schüler während der Werkrealschulzeit durch Lehrpersonal und pädagogische Assistenten, um möglichst passgenaue Lösungen und Berufsbilder zu finden. Die ebenfalls im Rahmen der Qualitätsoffensive beschlossene Absenkung des Klassenteilers auf 30 zum Schuljahr 2011/12 unterstützt diese Bemühungen. Die CDU spricht sich zudem für eine weitere Senkung des Klassenteilers auf 28 bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode aus. Die Einführung weiterer Beförderungsmöglichkeiten an Haupt-/Werkrealschulen trägt zur zusätzlichen Motivierung der Lehrerschaft bei, zumal deren zeitlich und pädagogisch herausragender Einsatz dem der Kollegen mittlerer und höherer Schularten vergleichbar ist – aber zusätzlich befrachtet ist durch den steten Kampf mit massiven Autoritätsproblemen.

Für eine flächendeckende Schulstruktur, gegen zentralisierte Einheitsschulen.

Ein wichtiges Ziel der CDU Baden-Württemberg ist die flächendeckende Versorgung mit Haupt- bzw. Werkrealschulstandorten. Die „Schule vor Ort“ bereichert nicht nur das Gemeinschaftsleben, sondern ermöglicht auch oftmals erst die Kooperation zwischen lokalen Betrieben und sozialen Einrichtungen auf der einen und Schulen auf der anderen Seite. Wer hingegen eine Gemeinschaftsschule propagiert, der fordert den Rückzug der Schule in der Breite zugunsten großer zentraler und problembehafteter

Einheitsschulkomplexe. Mit der Union wird es daher keine Schulschließungen von oben geben! Die Standortentscheidung liegt allerdings bei den Kommunen. Von Seiten des Landes muss deshalb alles dafür getan werden, die Kommunen auch bei sinkenden Schülerzahlen – etwa durch die Forcierung schul- und schulträgerübergreifender Kooperationen – bei der Erhaltung von Schulstandorten zu unterstützen.

Erfolgsmodell Realschule.

Die Realschule ist seit Jahren ein Erfolgsmodell und erfreut sich bei Schülern und Eltern großer Beliebtheit. Sie ermöglicht eine praxisnahe Schulbildung und eröffnet gleitende Übergänge auf Schularten, die zur allgemeinen bzw. Fachhochschulreife führen.

Die Wirtschaftskraft unseres Landes basiert zu einem erheblichen Teil auf der Leistung der Absolventinnen und Absolventen mit mittlerem Bildungsabschluss. Diese jungen Menschen zeichnen sich durch hohe Aus- und Weiterbildungsbereitschaft aus. Rund 30 Prozent der Realschulabsolventinnen und -absolventen besuchen die beruflichen Gymnasien, etwa 20 Prozent gehen in die Duale Ausbildung und ca. 50 Prozent besuchen die beruflichen Vollzeitschulen und bedienen damit zum einem die Nachfrage nach praktisch und theoretisch fundiert ausgebildeten künftigen Arbeitnehmern und zum anderen auch den Bedarf nach dringend gebrauchten und begehrten Ingenieuren, Kaufleuten, Meistern und Fachkräften.

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, die Realschule als eigenständige Schulart, die praktische Ausbildung und theoretische Wissensvermittlung kombiniert, zu stärken sowie weiterzuentwickeln und dabei Modelle zu erproben, die das Profil der Realschule weiter schärfen.

Für eine weitere Optimierung von G8.

Mit dem achtjährigen Gymnasium hat sich Baden-Württemberg für ein Konzept entschieden, das den Schülerinnen und Schülern einen früheren Einstieg in die Berufswelt ermöglicht und ihnen damit ein Jahr Lebenszeit schenkt. Die Einführung der achtjährigen Gymnasialzeit hat sich grundsätzlich bewährt, es gibt viel Schulen, an denen die Umstellung reibungslos verlief. Dennoch gab und gibt es Gymnasien, die sich mit der Einführung des G8 bis heute schwertun. Die Landesregierung hat mit der Flexibilisierung der Bildungspläne allerdings dafür gesorgt, dass vor Ort und in Kooperation mit Schüler- und Elternvertretungen sachgerechte Lösungen gefunden werden können. Wir wollen geeignete Maßnahmen ergreifen um die Stofffülle für die Schülerinnen und Schuler zu begrenzen. Darüber hinaus müssen die Bildungspläne permanent überprüft und die weitere Entwicklung in der Praxis beobachtet werden, um hieraus Konsequenzen ziehen zu können und erforderlichenfalls die Bildungspläne weiter zu verschlan-

ken. Darüber hinaus sollen sich Rektoren, an deren Schulen die Einführung des G8 reibungslos verlief und Rektoren, die mit der Umstellung Schwierigkeiten haben, austauschen. Anhand von Positivbeispielen soll dargestellt werden, dass G8 in der Praxis sehr gut funktionieren kann.

Bessere Hausaufgabenbetreuung.

Auch an Ganztagesgymnasien ist eine gute Hausaufgabenbetreuung – wie an den anderen Ganztageschulen – Pflicht. Die Landesregierung hat mit dem G8-Programm zur Hausaufgabenbetreuung, das zusätzliche Lehrerstunden zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler bei den Hausaufgaben vorsieht, bereits einiges erreicht. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Betreuungsangebot über die Klassen 5 bis 7 hinaus erweitert und durch Umschichtung von Stundenkontingenten verstetigt wird. Hierdurch werden Familien entlastet und die Schülerinnen und Schüler gewinnen Zeit für außerschulische Aktivitäten.

Gute Lösungen für den Abiturjahrgang 2012.

Durch das gemeinsame Abitur der G8- und G9-Züge im Jahr 2012 stehen die Gymnasien in Baden-Württemberg vor einer Sondersituation. Die CDU Baden-Württemberg begrüßt es, dass das Land mit der Einführung einer gemeinsamen Kursstufe 2010/12 und einer gemeinsamen Abiturprüfung im Jahr 2012 sowie der zusätzlichen Zuweisung von Lehrerdeputaten für die Übergangsphase die Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewältigung dieser Herausforderung geschaffen hat. Dem Abiturjahrgang 2012 mit seinen gut 20.000 zusätzlichen Absolventen müssen darüber hinaus Anschlussperspektiven eröffnet werden. Deshalb ist es richtig, dass das Land bis 2012 16.000 zusätzliche Studienplätze schafft. Aber auch im Bereich des dualen Ausbildungssystems und bei den Freiwilligendiensten bedarf es vorübergehender Kapazitätserweiterungen. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass Absolventen im Hinblick auf die doppelten Abiturjahrgänge auch bundesweit zusätzliche Studienplätze zur Verfügung gestellt werden.

6. Berufliches Bildungswesen

Erfolgsmodell Duale Ausbildung.

Das deutsche, vor allem aber das baden-württembergische Berufsschulsystem ist international vorbildlich. Die Dualität von betrieblicher und schulischer Ausbildung ermöglicht eine Praxisorientierung und nicht zuletzt eine extrem niedrige Jugendarbeitslosigkeit, die international ihresgleichen sucht. Besonders Jugendlichen aus schwierigen sozialen Verhältnissen werden hier Aufstiegsmöglichkeiten geboten. Die Berufsschulen stehen daher im Fokus unserer Politik.

Perspektiven für junge Menschen.

Der Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit ist nicht leicht. Insbesondere für Hauptschüler und vor allem für diejenigen mit schlechten oder abgebrochenen Schulkarrieren wird der Übergang immer schwieriger. Ziel ist es, jedem jungen Menschen in Baden-Württemberg eine Berufsperspektive und damit eine Perspektive für eine sinnvolle Lebensgestaltung zu geben, auch wenn es dafür in dem einen oder anderen Fall mehrerer Anläufe bedarf.

Ausbau des Angebotes an Ausbildungsplätzen.

Ziel der baden-württembergischen CDU ist es, jedem Ausbildungswilligen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Unternehmen und Land tragen hierfür eine gemeinsame Verantwortung. Das Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Baden-Württemberg muss daher über das Jahr 2010 hinaus fortgesetzt werden. Aufgabe des Staates ist es dabei insbesondere, eine ausreichende Anzahl an Berufsschulplätzen zu gewährleisten. Angesichts starker Ausbildungsjahrgänge und eines absehbaren Nachfrageüberhangs bedarf es hier zusätzlicher Kapazitäten. Dies erfordert als notwendige Unterstützungsmaßnahme daher den Ausbau von Vollzeit-Berufsschulplätzen.

Steigerung der Attraktivität des Berufsbilds Berufsschullehrer.

Genauso muss auch in Zukunft auf fachlicher Seite eine hervorragende Betreuung sichergestellt sein. Dazu brauchen wir eine ausreichende Zahl qualifizierter Berufsschullehrer. Nicht zuletzt die Wirtschaftskrise bietet die Chance, qualifizierte Quereinsteiger für den Lehrerberuf zu gewinnen und hierfür bundesweit Werbung zu machen. Zu einem attraktiven Berufsbild gehört aber auch eine adäquate Bezahlung - hier sollten bei Einstufung und Aufstieg gerade für Quereinsteiger weitere flexible Lösungen über Öffnungsklauseln im Beamten- und Tarifrecht geschaffen werden. Wir begrüßen, dass

die Landesregierung dies im Rahmen der „Qualitätsoffensive Bildung“ für solche Quereinsteiger vorsieht.

Seit Jahrzehnten hat Baden-Württemberg die beruflichen Vollzeitschulen auf hohem fachlichem Niveau ausgebaut. Dazu gehören die zweijährigen, zur Fachschulreife führenden Berufsfachschulen: Sie führen zu einem dem Realschulabschluss vergleichbaren Abschluss und geben damit auch die Möglichkeit, von diesem Niveau aus weitere, höhere Abschlüsse zu erreichen. Für Realschulabsolventen tragen in bedeutendem Maße die Berufskollegs dazu bei, eine Fachhochschulreife zu erwerben. Ein besonderer, insbesondere im bundesweiten Vergleich hervorragender Bildungsgang ist das berufliche Gymnasium. Es baut auf dem Realschulabschluss auf und kann somit als eine Art von Oberstufe der Realschule betrachtet werden. Etwa ein Drittel der Schüler, die in Baden-Württemberg die allgemeine Hochschulreife erwerben, kommen von einem beruflichen Gymnasium. Wir fordern die Wirtschaft auf, weder quantitativ noch qualitativ an der Aus- und Weiterbildung zu sparen. Dies ist Sparen an der falschen Stelle, der Fachkräftemangel in einigen Jahren ist damit vorprogrammiert.

Sicherung von Beschäftigungsmöglichkeiten.

Für die CDU Baden-Württemberg ist gerade in Zeiten der Krise unabdingbar, besonders qualifizierte Absolventen im Land zu halten - diese werden beim nächsten Aufschwung dringend gebraucht! Daher bedarf es eines Bündnisses mit der Wirtschaft, um Unternehmen, denen dies aus wirtschaftlichen Gründen temporär nicht möglich ist, in die Lage zu versetzen, trotzdem eine Anschlussbeschäftigung für qualifizierte Absolventen zu ermöglichen. Vorbild kann hier das MINT-Programm des Innovationsrats des Landes für Hochschulabsolventen sein, das Überbrückungsmöglichkeiten für Absolventen naturwissenschaftlicher Studiengänge, die derzeit keine Festanstellung finden, schafft und ihnen damit eine bessere Perspektive auf dem Arbeitsmarkt gibt.

7. Hochschulen

Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung.

Das Modell Kinderland darf nicht mit dem Abschluss der Schulausbildung enden. Im Gegenteil greift es auf die Hochschulbildung über und erfasst hier die nächste Kindergeneration. Nicht nur Familie und Beruf müssen vereinbar sein, sondern gleichermaßen Familie und Ausbildung. Akademischen Karrieren darf ein Kinderwunsch nicht zum Nachteil gereichen – im Gegenteil bieten sich Hochschulen und Hochschulstädte in besonderer Weise für Kinderbetreuung und Familienförderung an.

Ausbau von Betreuungseinrichtungen an Hochschulen.

Schon heute existieren an einigen Hochschulen hochwertige Betreuungseinrichtungen. Das Land hat die Betreuungsangebote im Hochschulbereich in den letzten Jahren um 50 % ausgebaut. Es gibt aber einen weiter wachsenden Betreuungsbedarf. Diesem muss durch den Ausbau staatlicher Einrichtungen, aber auch durch die Unterstützung privater Initiativen, entsprochen werden. Dabei geht es um die Wahlfreiheit der Eltern. Es ist darüber hinaus auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit, der besonders niedrigen Geburtenquote von Akademikerinnen zu begegnen. Betreuungsmöglichkeiten müssen deshalb nicht nur ausgebaut, sondern auch entsprechend kommuniziert werden.

Anpassung von Studiengängen.

Zur Vereinbarkeit von Familie und Hochschulausbildung gehört es darüber hinaus, Betreuung und Studienorganisation (Vorlesungen, Kolloquien, vorlesungsfreie Zeit, etc.) besser aufeinander abzustimmen; dies gilt auch im Hinblick auf die oft unregelmäßigen Arbeitszeiten des wissenschaftlichen Personals. Eine enge Anbindung der Betreuungseinrichtungen an die Hochschule kann hier einen Teil beitragen. Im Rahmen ihrer Autonomie müssen umgekehrt aber auch die Hochschulen bei der Studienorganisation mehr Rücksicht nehmen auf die Bedürfnisse studierender Eltern und ihr Angebot mehr als bisher an die vorhandenen Betreuungsmöglichkeiten anpassen. Erfahrungen aus Modellprojekten zu familienfreundlichem Studium wie in Ulm müssen in die Breite transportiert werden. Aus Sicht der CDU Baden-Württemberg ist es sinnvoll, spezielle „Halbtags-Studiengänge“ anzubieten, die nicht nur Familien, sondern ebenso anderen Personen wie Berufstätigen zugute kommen könnten.

Familiengerechte Ausgestaltung von Studiengebühren.

Die Union steht zur Erhebung von Studiengebühren als einem Element einer gesamtgesellschaftlich gerechten Bildungsfinanzierung. Wir stehen aber auch zu deren familiengerechter Ausgestaltung. Deshalb haben wir die Studiengebühren in Baden-Württemberg so gestaltet, dass jeder Student und jede Studentin Anspruch auf einen entsprechenden Kredit mit gesetzlich gedeckeltem Zinssatz hat. Wir begrüßen es, dass kinderreiche Familien und Studierende, die Kinder bis zum 14. Lebensjahr erziehen, von der Gebührenpflicht befreit sind. Wir begrüßen außerdem die Einführung der Geschwisterregelung.

Stipendien mit Familienkomponente.

Kindererziehung ist in höchstem Maße gesellschaftliches Engagement. Wir sprechen uns daher dafür aus, dass Erziehungsleistungen im Rahmen des landeseigenen Stipendiensystems der Landesstiftung sowie bei der universitären Graduiertenförderung Berücksichtigung finden und zu diesem Zweck ein Ausbau der Stipendienvergabe erfolgt.

Die Mitglieder der vom Landesvorstand eingesetzten Arbeitsgruppe zur inhaltlichen Vorbereitung des Landesparteitages:

Vorsitzender: Thomas Strobl MdB

weitere Mitglieder: Dr. Christian Bäumler
Daniel Caspary MdEP
Steffen Bilger MdB
Maria Bösch
Stefanie Bürkle
Thorsten Frei
Markus Grübel MdB
Klaus Herrmann MdL
Peter Ibbeken
Andrea Krueger MdL
Sabine Kurtz MdL
Prof. Dr. Conny Mayer-Bonde
Simon-Martin Ponzer
Iris Ripsam
Edith Schreiner
Ingrid Stetter
Dr. Thomas Ulmer MdEP
Birgit Veith
Florian C. Weller
Annette Widmann-Mauz MdB